

Protokoll 165. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 10. Dezember 2025, 14.00 Uhr bis 16.40 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Christian Huser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Simon Kälin-Werth (Grüne)

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Stéphane Braune (FDP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2025/553 * | Weisung vom 26.11.2025:
Gesundheits- und Umweltdepartement, Teilinstandsetzung
Siedlung Irchel der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich,
Beitrag | VGU |
| 3. | 2025/565 * | Weisung vom 03.12.2025:
Liegenschaften Stadt Zürich, Verkehrsbetriebe Stadt Zürich,
Teilersatz Tramdepot Hard mit neuer kommunaler Wohn-
siedlung Depot Hard, Netto-Zusatzkredit | FV |
| 4. | 2025/390 | Weisung vom 10.09.2025:
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2026–2029 | FV |
| 5. | 2025/557 E | Postulat der Grüne-, FDP-, GLP-, SVP-, Die Mitte/EVP- und
AL-Fraktion vom 26.11.2025:
Bericht über die langfristige Investitionsplanung und deren
Grundlagen über mindestens die nächsten zehn Jahre | FV |
| 6. | 2025/569 A | Postulat der SP-Fraktion vom 03.12.2025:
Sicherstellung eines Budgets von mindestens 600 Millionen
Franken für Liegenschaftskäufe im Rahmen der Investitions-
planung | FV |
| 7. | 2025/391 | Weisung vom 10.09.2025:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2026 (Detailbudgets und
Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2026; Globalbudget-
verordnung (GBVO), Teilrevision | STR |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

5526. 2025/576

**Postulat von Jean-Marc Jung (SVP) und Yves Peier (SVP) vom 03.12.2025:
Zivilschutzanlagen auf Schularealen, Verzicht auf eine Nutzung für Geflüchtete**

Jean-Marc Jung (SVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 17. Dezember 2025 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Geschäfte

5527. 2025/553

**Weisung vom 26.11.2025:
Gesundheits- und Umweltdepartement, Teilinstandsetzung Siedlung Irchel der
Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich, Beitrag**

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom
8. Dezember 2025

5528. 2025/565

**Weisung vom 03.12.2025:
Liegenschaften Stadt Zürich, Verkehrsbetriebe Stadt Zürich, Teilersatz Tramdepot
Hard mit neuer kommunaler Wohnsiedlung Depot Hard, Netto-Zusatzkredit**

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom
8. Dezember 2025

5529. 2025/390

**Weisung vom 10.09.2025:
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2026–2029**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2026–2029 wird zur Kenntnis genommen.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 5530/2025–5536/2025)

5530. 2025/590**Erklärung der SP-Fraktion vom 10.12.2025:
Budget 2026 und FAP 2026–2029**

Namens der SP-Fraktion verliest Florian Utz (SP) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2026: Bezahlbare Wohnungen, starke Kaufkraft

Die Stadt Zürich ist finanziell kerngesund. In den letzten 10 Jahren erzielte sie jedes einzelne Jahr – selbst während Covid – einen Überschuss, zuletzt einen solchen von über 500 Millionen Franken. Das Eigenkapital beträgt damit stolze 2.8 Milliarden Franken – und dies, obwohl dabei wertvolle Beteiligungen wie jene an Energie 360° oder die Liegenschaftenbestände der städtischen Wohnbau-Stiftungen nur zum kleinsten Teil berücksichtigt werden. Stark erhöht hat sich in den letzten 10 Jahren auch die Eigenkapitalquote, nämlich auf zuletzt über 23 Prozent.

Der Stadt geht es finanziell so gut wie noch nie. Sie ist also bestens aufgestellt, um das von der SP vorgeschlagene und von der Bevölkerung beschlossene Kaufkraftpaket umzusetzen. Daran ändert auch das vorgesehene Defizit von rund 350 Mio. Franken nichts, da die Rechnung erfahrungsgemäss mindestens 200 Mio. Franken besser abschneidet als das stadtträtliche Budget. In den letzten drei Jahren waren es sogar jeweils zwischen rund 400 und rund 700 Mio. Franken.

So gut es also der Stadt Zürich finanziell geht, so sehr sind Menschen mit wenig Geld und zunehmend auch der Mittelstand unter Druck. Die Krankenkassen, die Kitas und der öV werden jedes Jahr teuer. Und noch viel schneller dreht die Preisspirale bei den Wohnungen: Wer heute in Zürich eine Wohnung sucht, muss ganze 12 Prozent mehr bezahlen als noch vor nur zwei Jahren. So werden immer mehr Zürcher:innen aus ihrer eigenen Stadt verdrängt.

Angesichts der Mietzinsexplosion ist es gänzlich unverständlich, dass der Stadtrat die Investitionen in den Kauf von Wohnungen um 100 Mio. Franken kürzen will. Gerade diese Investitionen kommen nämlich nicht nur der Bevölkerung zu Gute, sondern sie sind auch für die Stadt selber hoch rentabel. Denn die Mieter:innen bezahlen sämtliche Kosten für Zinsen, Unterhalt und Abschreibungen, und umgekehrt kommt die Wertsteigerung der Immobilien vollumfänglich den Steuerzahler:innen zu Gute. Die Kürzungen beim Wohnen schaden also Bevölkerung und Stadtkasse gleichermassen, und deshalb ist es gut, dass der Gemeinderat sie voraussichtlich korrigieren wird. Wichtig ist, dass diese Investitionen dann auch in der Finanzplanung beibehalten werden. Denn sonst wird der Anteil an Wohnungen mit Kostenmiete noch weiter sinken, was wiederum dazu führt, dass noch mehr Menschen aus unserer Stadt verdrängt werden. Zudem führen höhere Mieten auch zu einer sinkenden Kaufkraft, was dem lokalen Gewerbe direkten Schaden zufügt.

Beim Steuereffuss steht die SP weiterhin für Stabilität und Verlässlichkeit ein. Bezahlbare Mieten, tiefere Kita-Kosten, das VBZ-Abo für 365 Franken sowie die städtische Prämienverbilligung sind ohne Steuererhöhung möglich, und die entsprechenden Volksentscheide müssen nun rasch umgesetzt werden. Umgekehrt ist auch eine Steuersenkung nicht sinnvoll, da eine einprozentige Steuersenkung die Median-Steuerzahlerin und den Median-Steuerzahler gerade mal mit 18 Franken und 72 Rappen entlastet. Das reicht aber hinten und vorne nicht, um den Kaufkraftverlust auszugleichen, den die Bevölkerung in den letzten Jahren erlitten hat. Deshalb ist das Kaufkraftpaket der SP sowohl für Menschen mit wenig Geld als auch für den Mittelstand die sehr viel bessere Lösung als eine Steuersenkung – allein das 365-Franken-Abo bringt jeder Abonnentin und jedem Abonnenten eine Entlastung von 444 Franken. Kein Wunder, ist das Kaufkraftpaket der SP an der Urne eindrücklich bestätigt worden.

5531. 2025/591**Erklärung der FDP-Fraktion vom 10.12.2025:
Budget 2026 und FAP 2026–2029**

Namens der FDP-Fraktion verliest Martin Bürki (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Vollgas in den Schuldenberg - Nein zur fatalen rot-grünen Finanzpolitik!

Der Stadtrat will weiterhin das Geld mit allen Händen ausgeben und zeigt gleichzeitig das Schreckensszenario einer grossen Verschuldung auf. Statt eines Marschhalts zur nachhaltigen Sicherung des Finanzhaushalts wird ein weiter so mit einem unkontrollierten Verwaltungswachstum präsentiert.

Wovor die FDP schon seit mehreren Jahren warnt, ist nun eingetroffen; der Stadtrat krebst mit seinen Investitionsvorhaben zurück. Doch, statt echte Verantwortung zu übernehmen und auf die Ausgabenbremse zu treten, bleibt es bei leeren Floskeln.

Die Stadt Zürich hat einen Cashflow von 1 Milliarde, aber Investitionen von 2.2 Milliarden pro Jahr. Somit muss pro Jahr mindestens 1.2 Milliarden Fremdkapital aufgenommen werden. Zu Beginn dieser Legislaturperiode – 2022 – hatte die Stadt Zürich Schulden von knapp 5 Milliarden Franken. Für Ende 2029 plant der Stadtrat mit mehr als einer Verdreifachung: 15,9 Milliarden Franken! Ein solcher Schuldenberg ist schlicht ruinös und am Finanzplatz Zürich wird es gar nicht möglich sein, die geplanten mehreren Milliarden Franken am Kapitalmarkt zu sichern.

Wichtig ist nicht nur die Investitionen neu zu priorisieren, sondern auch den Free-Cashflow zu steuern. Bei den letzten Volksabstimmungen hat die Bevölkerung einem Selbstbedienungspaket der SP zugestimmt. Dadurch verschlechtert sich der Free-Cashflow weiter. Die SP setzt somit auf kurzfristigen Konsum anstatt auf langfristige und sinnvolle Investitionen.

Die FDP hat deshalb unter anderem ein Postulat zur dringenden Priorisierung der Investitionen eingereicht. Wir wollen und können diese fatale Finanzpolitik der aktuellen rot-grünen Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat nicht verantworten, weshalb wir dieses Budget auch entschieden ablehnen, sofern es vom Gemeinderat nicht korrigiert wird.

Es zeigt vor allem aber auch, dass die aktuelle rot-grüne Mehrheit nur daran interessiert ist, hier und jetzt scheinbar positive Signale an ihre Klientel senden zu wollen, indem beispielsweise nur bestehender Wohnraum für teures Geld auf Kosten der Steuerzahler gekauft wird. Staatstragend wäre nachhaltig dafür zu sorgen, dass der heutige Schuldenberg nicht den kommenden Generationen überlassen wird.

5532. 2025/592

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 10.12.2025: Budget 2026 und FAP 2026–2029

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Zürich 2026: bezahlbare Wohnungen, klimagerecht, solidarisch

Mit dem vorgelegten Budget 2026 zeigt der Stadtrat, dass er weiterhin in eine nachhaltige Zukunft investieren möchte. Aus Sicht der GRÜNEN müssen diese Vorgaben aber verstärkt werden. Daher setzen wir uns in diesem Budget konkret dafür ein, dass die Investitionen in Wohnbau weitergeführt werden, dass der Ausbau von Photovoltaik endlich vorangetrieben wird, und weiterhin genügend Mittel für Bildung wie auch für soziale und humanitäre Aufgaben zur Verfügung stehen.

Investitionen in die Zukunft: bezahlbare Wohnungen, Klimaschutz

Investitionen bleiben der Schlüssel für eine langfristig nachhaltige und soziale Stadt. Wir GRÜNEN beharren auf mindestens dem gleichen Investitionsvolumen für den Kauf von Liegenschaften wie im vergangenen Jahr. Mit diesen Investitionen in die Zukunft kann Zürich langfristig genügend bezahlbaren Wohnraum anbieten und so noch mehr Verdrängung verhindern.

Zugleich erwarten wir, dass die geplante Steuerung der Investitionen berücksichtigt, dass Investitionen in Klimaschutz und Wohnen kein Luxus, sondern zentral für unsere Zukunft sind.

Klimaschutz & Energieumbau

Netto-Null 2040 soll bald erreicht werden – die Stadt muss vorwärts machen. Zürich nutzt das vorhandene Photovoltaikpotenzial nicht ausreichend; wir GRÜNE möchten endlich einen zügigen Fortschritt sehen. Zusätzlich wollen wir GRÜNE neue messbare Kennzahlen zur Entwicklung der Versickerungsflächen, sowie genügend Freiraum in den Quartieren – für Bäume, Schatten und Aufenthaltsqualität, so wie es auch in der BZO vorgegeben wäre.

Humanitäre Hilfe und internationale Verantwortung

Die weltpolitische Lage verschärft sich weiter – Kriege, Vertreibungen und humanitäre Katastrophen nehmen zu. Zürich ist eine globale Stadt und trägt damit Verantwortung. Wir fordern mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, das sind Beiträge, die direkte Wirkung zeigen. Es ist für uns GRÜNE klar, dass sich Zürich als reiche Stadt für Frieden und Menschenrechte einsetzen kann und muss.

Mehr Unterstützung für sozial Schwächere

Wir GRÜNE fordern mehr Ressourcen beim Schulpsychologischen Dienst. Immer mehr Jugendliche benötigen Unterstützung. Dank der Stärkung sollen die Wartezeiten verkürzt und der Zugang verbessert werden.

Für geflüchtete Menschen, die in Zürich ankommen und bei uns leben, sollen menschenwürdigere Unterkünfte zur Verfügung gestellt werden. Genügend sanitäre Anlagen, genügend Privatsphäre, eigene Kochmöglichkeiten sollten an und für sich selbstverständlich sein, sind aber lange nicht überall vorhanden.

Zudem beantragen wir, wie auch schon in vergangenen Jahren, dass das Sozialinspektorat abgeschafft werden soll. Wir wollen ein System, das auf Unterstützung statt Kontrolle setzt und Menschen in schwierigen Situationen nicht kriminalisiert.

Zürich 2026: bezahlbare Wohnungen, klimagerecht, solidarisch.

Unsere Anträge im Budget 2026 folgen einer klaren Linie: Zürich soll eine solidarische, ökologische und gerechte Stadt bleiben, und eine Stadt, die jetzt die Investitionen tätigt, welche künftigen Generationen ein lebenswertes Zuhause ermöglichen.

5533. 2025/593

**Erklärung der GLP-Fraktion vom 10.12.2025:
Budget 2026 und FAP 2026–2029**

Namens der GLP-Fraktion verliest Sven Sobernheim (GLP) folgende Fraktions-
erklärung:

Eine nachhaltige Finanzpolitik für ein lebenswertes Zürich

Investitionen sind nur dann sinnvoll, wenn sie der Zukunft dienen, tatsächlich genutzt werden können und finanziell tragbar sind. Netto-Null, Tagesschule, Velo und Wohnen sind ohne Zweifel wichtige Investitionsbereiche. Wenn jedoch die Verschuldung dafür so stark ansteigt, dass die Zinslast erdrückend wird, sind diese Investitionen nicht mehr nachhaltig – und damit auch nicht mehr sinnvoll. Wird schliesslich nicht einmal mehr jemand gefunden, der Geld leiht, wird das Problem existenziell.

Genau auf diesen Punkt steuern wir zu, auch wenn die linke Ratsseite davor die Augen verschliessen will und weiterhin mit einer falscher Grosszügigkeit Ihre Wählerschaft kauft. Wir müssen unsere Investitionen sorgfältig abwägen, priorisieren und dabei den laufenden Betrieb nicht aus dem Blick verlieren. Auch grundlegende Bereiche wie Sicherheit oder Wasserversorgung sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern müssen verlässlich finanziert sein.

Die GLP begrüsst deshalb die Investitionsbremse, auch wenn der Betrag von 1,5 Milliarden Franken zu hoch angesetzt ist. Ebenso begrüssen wir, dass sich der Stadtrat bereits jetzt Gedanken darüber macht, wie und ob im europäischen Ausland Kredite aufgenommen werden können. Auch hier zeigt sich: Die Schweiz funktioniert langfristig nur im Zusammenspiel mit Europa. Ein funktionierendes Rahmenabkommen mit der EU würde auch in diesem Bereich helfen.

Doch unabhängig davon, woher das Fremdkapital stammt, muss es sinnvoll eingesetzt werden. Es kann nicht sein, dass wir eine Wohnliegenschaft nach der anderen kaufen, Preise bezahlen, die eine mögliche Arealentwicklung bereits einrechnen und diese Arealentwicklung dann nicht umzusetzen. Umso wichtiger ist es, dass gekaufte Liegenschaften entweder im Baurecht abgegeben werden oder die Arealentwicklung rasch an die Hand genommen wird. Künftige Liegenschaftskäufe sollen sich daher klar auf strategisch wichtige Objekte konzentrieren.

Wir setzen uns für eine nachhaltige städtischen Finanzpolitik ein, in welcher eine längst fällige Steuersenkung um drei Prozentpunkte möglich und erwünscht wäre. Diese Steuerreduktion stärkt die gesamte Bevölkerung und im Besonderen die lokale Wirtschaft.

Für eine lebenswerte, ökologische und finanziell gesunde Stadt Zürich.

5534. 2025/594

**Erklärung der SVP-Fraktion vom 10.12.2025:
Budget 2026 und FAP 2026–2029**

Namens der SVP-Fraktion verliest Johann Widmer (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Jetzt ist es klar: Linke Finanzpolitik der letzten Jahre führt ins Fiasko

Seit vielen Jahren warnt die SVP vor einer massiven Überschuldung und Überinvestition der Stadt – und wurde dafür verhöhnt. Die vielen überbeuerten Schulhäuser, Sportzentren, Tagesschulen, Veloinfrastrukturen und die Sozialausgaben brechen den städtischen Finanzen das Genick. Was die links-grüne Mehrheit im Gemeinderat an Ausgaben bestellt hat und aller Voraussicht nach noch bestellen wird, führt nun im Budget und im Finanz- und Aufgabenplan zu einem Horrorszenario:

Eine Netto-Neuverschuldung von rund 2 Milliarden Franken pro Jahr gefährdet die Mittelfussrechnung (den

Free Cashflow) der Stadt und führt zu einem Investitionsvolumen im zweistelligen Milliarden-Bereich, das nicht durch das reguläre Budget abgedeckt werden kann und grosse Fremdkapitalaufnahmen nach sich zieht. Der, vom Stadtrat am 5. Dezember 2025 vorgeschlagene Zielwert für Investitionen von 1,5 Milliarden pro Jahr führt bis 2035 dennoch zu einem Investitionsvolumen von über 16 Milliarden Franken!

Nach Einschätzung der SVP ist dieses Investitionsvolumen bis 2035 auch bei gleichbleibender sehr guter Wirtschaftslage viel zu hoch und wird die Kreditwürdigkeit der Stadt beeinträchtigen. Der von der SVP geforderte Politikwechsel wird nun dringender denn je.

Der Stadtrat hat zwar endlich eingesehen, eine Investitionsobergrenze einführen zu wollen. Wie er dies aber dem Gemeinderat beibringen will, ist schleierhaft. Die links-grünen Politiker sind im Klima- und Ausgabenwahn und werden sich nicht mässigen. Selbst wenn man die Investitionsvorhaben verzögert umsetzen würde, verschlechtert sich die Schuldenlast der Stadt trotzdem gefährlich. Aus Erfahrung kann gesagt werden, dass Links-Links-Grün die Situation schönreden und in jeder Budgetdebatte wieder massive Forderungen nach immer neuen Investitionen stellen wird.

Die Lage ist derart dramatisch, dass selbst eine Verdoppelung der Steuerbelastung die Situation nicht nennenswert verbessern würde. Die Steuerzahler könnten den von den linken Politikern angerichteten Schaden nicht aus eigener Tasche berappen. Das Problem liegt nicht auf der Einnahmenseite, sondern ist im linken Ausgabenrausch zu finden.

Das Einzige, was die Finanzen der Stadt retten könnte, wäre ein bürgerlicher Finanzvorstand, der weiss, wie man einen Finanz-Haushalt zu führen hat. Die Velo- und Klimaprojekte müssen gestrichen werden. Die Projekte der teuren Schulhäuser und Sportanlagen müssen sofort gestoppt und besser geplant werden. Die Ausgaben in der Erfolgsrechnung müssen vermindert und die Investitionen auf ein gesundes Mass reduziert werden. Der Mittelabfluss muss aus dem Cashflow gedeckt werden können. Die Nettoneuverschuldung muss per sofort gestoppt werden.

In den letzten Jahren konnte der Finanzvorstand regelmässig einen Ausgabenüberschuss budgetieren, um dann mit einem Ertragsüberschuss in der Rechnung abzuschliessen. Die goldenen Zeiten sind vorbei. Die Auswirkungen des negativen Cashflows werden bereits in der laufenden Rechnung zu spüren sein.

Das Fazit ist klar: die linke Regierung lebt auf Kosten künftiger Generationen, der linke Gemeinderat kennt kein Mass. Ein Politikwechsel ist dringend nötig, um die Stadt Zürich vor dem sicheren finanziellen Untergang zu retten.

5535. 2025/595

Erklärung der Die Mitte/EVP-Fraktion vom 10.12.2025: Budget 2026 und FAP 2026–2029

Namens der Die Mitte/EVP-Fraktion verliest Markus Haselbach (Die Mitte) folgende Fraktionserklärung:

Auswirkungen von links-grünen Wünschen werden ersichtlich – eine Steuersenkung bleibt immer noch möglich

Das vom Stadtrat vorgestellte Budget 2026 inklusive Novemberbrief weist ein Defizit aus von 378 Millionen Franken und somit deutlich mehr als im Vorjahr. Die Fraktion Die Mitte – EVP stellt fest, dass nun die Kostenfolgen von übertriebenen Forderungen der links-grünen Mehrheit deutlich im Budget sichtbar sind. Gemeint sind zusätzliche Beratungsangebote, Pilotversuche und auch das Anfordern von Berichten und Gutachten. Dies bewirkt höhere Personalkosten, wie auch Mehrkosten für externe Beratungen. Mit verschiedenen Kürzungsanträgen versucht die Mitte - EVP Fraktion dies zu korrigieren.

Wir anerkennen, dass in einzelnen Departementen mit der steigenden Bevölkerungszahl bspw. bei der Schule neue Stellen geschaffen werden müssen. Komplette Inakzeptanz ist aber, dass in den meisten anderen Departementen ebenfalls der Stellenplan erhöht wird und somit die Personalkosten um insgesamt rund 4.3% steigen. Die Überprüfung der Notwendigkeit dieser Stellen ist unerlässlich, damit mindestens ein Teil des Zuwachses gestrichen werden kann. Die Digitalisierung und die Automatisierung müssen zwingend dazu einen Beitrag leisten. Die Mitte – EVP-Fraktion unterbreitet dem Gemeinderat in der Budgetdebatte mehrere Anträge, um dieses Sparpotential auszuschöpfen.

Die Investitionen sollen Rekord hohe 2.2 Milliarden Franken erreichen. Das Bevölkerungswachstum bedingt einen gezielten Ausbau der Infrastruktur, wir begrüßen, dass diese kontinuierlich Instand gehalten wird. Jedoch muss beim Kauf von Liegenschaften bewusst gebremst werden. Der budgetierte Selbstfinanzierungsgrad von 21% ist wiederum völlig ungenügend. Das stark steigende Verwaltungsvermögen bewirkt wegen der Fremdfinanzierung nicht nur höhere Zinskosten, sondern auch höhere Abschreibungen, die 2026 bereits 690 Millionen Franken erreichen.

Die längerfristige Finanzplanung bis 2029 zeigt, dass auch bei ausgeglichener Rechnung die langfristigen Schulden stark zunehmen. Der Stadtrat hat erkannt, dass dies langfristig zu einem Problem werden kann.

Seine Ankündigung, das Gesamtvolumen der Investitionen zukünftig zu beschränken, die Vorhaben zu priorisieren und eine Investitionsobergrenze zu setzen, begrüsst die Mitte – EVP-Fraktion. Der Zielwert von 1.5 Milliarden Franken scheint uns sinnvoll, die Erreichung des Zielwerts erst 2029 jedoch erstaunlich spät.

Zu erwarten ist, dass die Rechnung 2026 schlussendlich wieder mehrere 100 Millionen Franken besser abschliessen wird als budgetiert. Aus Sicht der Fraktion Die Mitte – EVP sind die Finanzen der Stadt Zürich – insbesondere auch dank der geplanten Plafonierung der Investitionen – robust und solide. Kürzlich gefällte Volksentscheide bewirken leider, dass Teile der Steuereinnahmen zukünftig nach Giesskannenprinzip an breite Bevölkerungsteile verteilt werden. Trotzdem sehen wir auch dieses Jahr unter Berücksichtigung der tatsächlichen Rechnungsergebnisse der letzten Jahre Spielraum für eine moderate Senkung des Steuersatzes, um die Attraktivität der Stadt Zürich für die Bevölkerung wie auch für grosse und kleine Unternehmen zu erhalten. Setzen wir dieses Zeichen!

5536. 2025/596

Erklärung der AL-Fraktion vom 10.12.2025: Budget 2026 und FAP 2026–2029

Namens der AL-Fraktion verliest Tanja Maag (AL) folgende Fraktionserklärung:

Eine Stadt, die wir uns leisten können

In den letzten Jahren hat der Stadtrat zu einem zentralen Aspekt unseres gesellschaftlichen Miteinanders seine Aufgabe verschlafen. Seit Jahren verlieren wir bezahlbaren Wohnraum. Ganze Stadtkreise entwickeln sich zu Marktplätzen, wo kommerzielle Anbieter*innen Wohnungen in Business Apartments zweckentfremden und mit Kurzzeit-Vermietungen obszöne Profite einsacken. Die Exekutive schaut zu, statt zu handeln.

Der Stadtrat hat auch dabei versagt, Grossinvestor*innen auf dem Wohnungsmarkt in die Pflicht zu nehmen. Mit der kommenden Revision der Bau- und Zonenordnung sollen sie endgültig verpflichtet werden, substantielle Anteile an dauerhaft preisgünstigen Wohnungen zu erstellen. Sie müssen endlich ihren Teil zum Drittelsziel gemeinnütziger Wohnungen beitragen: Die AL wird nicht ruhen, bis das geschieht!! Denn Liegenschaften kaufen ist bei weitem keine ausreichende Strategie!

Eine Finanzplanung, die ihren Namen verdient, ist nicht nur eine Zahlensammlung, sondern bringt zum Ausdruck, wo wir Prioritäten setzen, um den sozialen Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft zu gewährleisten. Die bauliche Verdichtung betrifft zu grossen Teilen Quartiere, in denen vor allem die ärmere Hälfte der Bevölkerung ihr Zuhause hat. unsere politische Sorge muss zuvorderst diesen Menschen gelten, gerade jetzt, da wir vor wichtigen Entscheidungen stehen, wo und wie wir die nicht unbegrenzt vorhandenen städtischen Mittel in den kommenden Jahren einsetzen wollen. Die AL verlangt eine Finanzplanung, die Nachhaltigkeit über Wachstum, Solidarität über Einzelinteressen, Inklusion aller Menschen über den Ausschluss von ganzen Gesellschaftsschichten stellt. Das Stillen kollektiver Grundbedürfnisse muss ins Zentrum gerückt werden. Preisgünstiges Wohnen sowie starke Service-Public-Leistungen in Gesundheit, Bildung und Mobilität sind das Fundament unserer Stadt. Faire Löhne und Arbeitsbedingungen stärken unsere Gesellschaft.

Wir fordern, dass die Gentrifizierungs-Renditen aus den reichlich fliessenden Grundstücksgewinnsteuern über gezielte soziale Investitionen wieder der Öffentlichkeit zukommen. Aus dem Rekordgewinn 2024 des städtischen Elektrizitätswerks sollen 80 Millionen als einmalige Volksdividende an die Kund*innen in der Grundversorgung rückverteilt werden. Für über 90 Prozent der Steuerpflichtigen bringt das mehr als eine 3- Prozent Steuerfuss-Senkung. Das stärkt hauptsächlich die Kaufkraft der finanzschwachen Haushalte und belastet das Steuersubstrat der Stadt Zürich nicht über Jahre wie die von der SP forcierten Mittelstands-Konsum-Subventionen bei ÖV-Tickets und Krankenkassenprämien. Diese zürcherische Variante der «Zugisierung» lehnen wir komplett ab. Unsere Ansätze zur Umverteilung sind gezielt und finanziell tragbar. Kurz: Sie sind radikal sozial und ermöglichen eine Stadt, die wir uns leisten können!

5529. 2025/390

Weisung vom 10.09.2025: Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2026–2029

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2026–2029 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2026–2029 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. Dezember 2025 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

5537. 2025/557

Postulat der Grüne-, FDP-, GLP-, SVP-, Die Mitte/EVP- und AL-Fraktion vom 26.11.2025:

Bericht über die langfristige Investitionsplanung und deren Grundlagen über mindestens die nächsten zehn Jahre

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Felix Moser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5458/2025).

Florian Utz (SP) stellt namens der SP-Fraktion folgenden Textänderungsantrag und begründet diesen:

Der Stadtrat wird aufgefordert einen Bericht zu erstatten, worin er dem Gemeinderat die langfristige Investitionsplanung über mindestens die nächsten zehn Jahre und deren Grundlagen erläutert. Insbesondere soll der prognostizierte Free Cashflow und die prognostizierten langfristigen Verbindlichkeiten mit dem zu Grunde liegenden Rechnungsmodell ausgewiesen werden. Dabei soll auch aufgezeigt werden, dass die Investitionsplanung sicherstellt, dass die erforderlichen Investitionen zur Umsetzung der Volksentscheide zu Netto null, zum Drittelsziel und zu den Tagesschulen getätigt werden und die Einhaltung der allfälligen Investitionsobergrenze nachgewiesen werden. Die Berichterstattung an den Gemeinderat soll in den Finanz- und Aufgabenplan integriert werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Sven Sobernheim (GLP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Das Postulat wird mit 87 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5538. 2025/569

Postulat der SP-Fraktion vom 03.12.2025:

Sicherstellung eines Budgets von mindestens 600 Millionen Franken für Liegenschaftskäufe im Rahmen der Investitionsplanung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Florian Utz (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5499/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 64 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5539. 2025/391

Weisung vom 10.09.2025:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2026 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2026; Globalbudgetverordnung (GBVO), Teilrevision

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1a. Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2026 werden genehmigt.

1b. Die Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2026 werden genehmigt.

2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zentral bei der Institution 1060 (Gesamtverwaltung) eingestellten Budgetkredite von Fr. 29 393 100.– für das städtische Lohnsystem (SLS) einschliesslich Spontanprämien und den Teuerungsausgleich (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge) nach erfolgter Lohnrunde 2026 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2026 werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Dem Referendum unterliegend:

- 4a. Die Globalbudgetverordnung (GBVO, AS 611.102) wird wie folgt geändert:

Art. 7 Informationsteil

¹ Der Informationsteil für jede Produktgruppe enthält:

- a. einen Kommentar zu Veränderungen und erwarteten Entwicklungen;
- lit. b und c unverändert.
- d. eine Beschreibung allfälliger ausserordentlicher Massnahmen.

Abs. 2 unverändert.

- 4b. Diese Änderung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2026, Vorlage des Stadtrats vom 10.09.2025
- Novemberbrief vom 05.11.2025
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 01.12.2025
- Anträge der RPK vom 01.12.2025, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse
- Antrag der RedK vom 14.11.2025

Referat zur Vorstellung der Weisung: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 5530/2025–5536/2025)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten

Beschlüsse:

BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG

S. 114	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	1000	Gemeinde				
	3130 00 000	Dienstleistungen Dritter				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
001.	Antrag Stadtrat			1 730 000	Mehrheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			225 000	1 955 000	Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat
					Enthaltung	Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)

Begründung: Briefliche Stimmabgabe von B- auf A-Post wechseln, um einen späteren Briefeinwurf zu ermöglichen und die Stimmbeteiligung zu erhöhen

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

S. 116	10 1005 3010 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gemeinderat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
002.	Antrag Stadtrat				1 782 900	Minderheit
				50 000	1 832 900	Mehrheit
						Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte)
						Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Schaffung einer halben Stelle für die wissenschaftliche Mitarbeit in der Geschäftsprüfungskommission			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

S. 124	10 1020 3010 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Stadtkanzlei Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
003.	Antrag Stadtrat				7 846 700	Mehrheit
				200 000	7 646 700	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP)
						Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Verzicht auf die Schaffung von 2 neuen Stellen; weitere neue Anforderungen sollen durch interne Umlagerungen bewältigt werden			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

S. 125	10 1020 3132 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Stadtkanzlei Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.				
		Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag		Stimmen
004.	Antrag Stadtrat			657 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP)
		50 000		607 000	Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Prioritäten setzen, etwas reduzieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

S. 131	10 1060 3010 00 203	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug nicht besetzte Stellen				
		Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag		Stimmen
005.	Antrag Stadtrat			0	Minderheit 2	Tanja Maag (AL) Referat, Felix Moser (Grüne)
		40 000 000		-40 000 000	Mehrheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
		30 000 000		-30 000 000	Minderheit 1	Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Mehrheit: Per 31.08.2025 gibt es 428,6 unbesetzte Stellen (31.08.2024: 552,4). Im Budget 2026 sollen 777,9 neue Stellen geschaffen werden. Insgesamt wird es so Anfang 2026 über 1000 unbesetzte Stellen geben. Dies gibt Raum für einen Pauschalabzug von 40 Millionen Franken. Minderheit 1: Pauschalabzug für nicht besetzte Stellen			

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 2	(0)	25 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-40 000 000)	59 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(-30 000 000)	<u>37 Stimmen</u>
Total		121 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 63 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3049 00 200	Sammelkredit Einmalzulagen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
006.	Antrag Stadtrat			0 Mehrheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			4 500 000	4 500 000 Minderheit	Leah Heuri (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Florian Utz (SP)
				Enthaltung	Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne)
		Begründung: Einmalzulage in der Höhe von Fr. 500 pro 1 Stelle für alle Angestellten der Funktionsstufen 1 bis 6 zum Ausgleich des Kaufkraftverlusts durch die steigenden Krankenkassenprämien			

Micha Amstad (SP) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Erhöhung um 4 500 000 Franken.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 64 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 166, Beschluss-Nr. 5539/2025)

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5540. 2025/597

Motion von Nicolas Cavalli (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 10.12.2025: Schaffung eines ReUse-Bauteillagers

Von Nicolas Cavalli (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) ist am 10. Dezember 2025 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung für die Schaffung eines ReUse-Bauteillager zu unterbreiten sowie allfällige weitere Massnahmen zur Förderung der Wiederverwendung von Bauteilen vorzuschlagen. Die Vorlage soll sowohl städtische Bauvorhaben als auch private Bauprojekte einbeziehen und sicherstellen, dass eine funktionierende Infrastruktur für Erfassung, Lagerung und Weitervermittlung solcher Bauteile geschaffen bzw. gestärkt wird.

Begründung:

Die Stadt Zürich hat sich mit ihrer Klimastrategie ambitionierte Ziele gesetzt: Netto-Null bis spätestens 2040, im eigenen Einflussbereich bereits bis 2035. Der Bausektor spielt dabei eine zentrale Rolle. Rund 40 % der CO₂-Emissionen und über 80 % der Materialverbräuche gehen schweizweit auf sein Konto. Der konsequente Einsatz von wiederverwendeten Bauteilen ist daher ein zentrales Element einer klimafreundlichen Stadtentwicklung und der Übergang zur Kreislaufwirtschaft.

In Zürich entstehen jährlich beim Rückbau Tausende Tonnen an potenziell wiederverwendbaren Bauteilen, von Fenstern über Trennwände bis zu Sanitäranlagen. Ein grosser Teil davon landet auf Deponien oder in der Verbrennung, obwohl viele dieser Bauteile technisch wie gestalterisch wiederverwendbar wären. Hindernisse sind mangelnde Sichtbarkeit bestehender Ressourcen, fehlende Logistik- und Lagerinfrastruktur, normative Unsicherheiten und wirtschaftliche Anreize, die auf den Abriss und Neubau ausgerichtet sind.

Eine solche Umsetzung stärkt die lokale Wirtschaft (z. B. Handwerk, Rückbau, Logistik), fördert innovative Start-ups im Bereich der Wiederverwertung und senkt mittel- bis langfristig Kosten im öffentlichen Bauwesen. Wichtig dabei ist, dass die Stadt nicht noch ein weiteres Pilotprojekt macht, sondern das Thema endlich gesamtheitlich angeht.

Zürich kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen – nicht nur als Bauherrin, sondern auch als Ermöglicherin für private und genossenschaftliche Bauprojekte, die bereits heute Kreislaufprinzipien umsetzen wollen, aber an strukturellen Hürden scheitern.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s s n a h m e n

5541. 2025/509

Dringliche Schriftliche Anfrage von Marco Denoth (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP) und 55 Mitunterzeichnenden vom 29.10.2025: Gesundheitsversorgung von trans Jugendlichen, Positionierung zu den angekündigten Zugangerschwerungen auf kantonaler und nationaler Ebene, Verhinderung von negativen Auswirkungen auf das Wohlergehen von trans Jugendlichen und ihrer Familien, bestehende Diskriminierungen in der Stadt sowie Auflagen und Weisungen an die Spitäler und das medizinische Fachpersonal

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 3855 vom 26. November 2025).

5542. 2025/363

Schriftliche Anfrage von Sandro Gähler (SP) vom 27.08.2025: Prüfung der finanziellen Verhältnisse der Eltern für eine Unterstützung von jungen Erwachsenen, Rechtsgrundlagen, die eine Weiterreichung der Daten durch die Steuerverwaltung verhindern oder eine Herausgabe durch die Eltern erzwingen lassen sowie Möglichkeiten für eine kommunale Lösung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3853 vom 26. November 2025).

5543. 2025/384

Schriftliche Anfrage von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Markus Knauss (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) vom 03.09.2025: Pilotprojekt für die Auslieferung von Kebabs per Roboter, Bewilligung für das Projekt, Kenntnisstand der Stadt, Projektperimeter, genutzte Verkehrsflächen, Verhinderung von Konflikten und Unfällen sowie Regelung der Haftungsfragen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3854 vom 26. November 2025).

5544. 2025/385

Schriftliche Anfrage von Serap Kahriman (GLP) und Florine Angele (GLP) vom 03.09.2025: Haltestellensituation Brunnenhof und Bad Allenmoos der VBZ, Beurteilung des sicherheitstechnischen Risikos, Unfalldaten, Einfluss der Wohnbauten des neuen Areals Guggach, Analysen zur Bewältigung des erhöhten Verkehrs und mögliche Anpassungen sowie Massnahmen und städtische Standards oder Schwellenwerte für einen Handlungsbedarf betreffend die Umgestaltung von Haltestellen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3857 vom 26. November 2025).

5545. 2025/386

Schriftliche Anfrage von Derek Richter (SVP), Johann Widmer (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 03.09.2025:

Einsatz von Softwarelösungen amerikanischer Konzerne, gespeicherte Daten, genutzte Applikationen und Kommunikationstools, Projekte, die die Abhängigkeiten erhöhen, Lizenzkosten und Beurteilung der Risiken sowie Prüfung von datenschutzkonformen Alternativen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3852 vom 26. November 2025).

5546. 2025/106

Weisung vom 19.03.2025:

Immobilien Stadt Zürich und Grün Stadt Zürich, Ersatzneubau des Sportzentrums Witikon und Neuordnung der Rasensportanlage, Projektierung, Zusatzkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. September 2025 ist am 1. Dezember 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 17. Dezember 2025.

5547. 2025/143

Weisung vom 09.04.2025:

Amt für Städtebau, Regionaler Richtplan Stadt Zürich, Teilrevision Siedlung und Landschaft, Überweisung an den Gemeinderat zur Verabschiedung für die Festsetzung durch den Regierungsrat

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. September 2025 ist am 1. Dezember 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 17. Dezember 2025.

5548. 2025/183

Weisung vom 14.05.2025:

Immobilien Stadt Zürich, Betreuungsgebäude Auhof, Ersatzneubau, Projektierungskredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. September 2025 ist am 1. Dezember 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 17. Dezember 2025.

5549. 2025/200

Weisung vom 21.05.2025:

Schul- und Sportdepartement, Gesellschaft für Schülergärten Zürich, Beiträge 2025–2028, Aufhebung GR Nr. 2002/555

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. September 2025 ist am 1. Dezember 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 17. Dezember 2025.

5550. 2025/201

Weisung vom 21.05.2025:

Schul- und Sportdepartement, Pestalozzi Bibliothek Zürich, Beiträge ab 2025, Zusatzkredit, Nachtragskredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. September 2025 ist am 1. Dezember 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 17. Dezember 2025.

5551. 2025/225

Weisung vom 11.06.2025:

Sportamt, Verein «Pro Freestyle Halle», Beiträge 2025–2029

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. September 2025 ist am 1. Dezember 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 17. Dezember 2025.

Nächste Sitzung: 13. Dezember 2025, 08.30 Uhr